

P. Landwirtschaft

Aufstand der Großbauern gegen Österreichs neue Agrarpolitik

29.01.2022 um 14:30

von **Jeannine Hierländer**



Hauptbild · Maximilian Hardegg (r., im Bild mit seinem Sohn Alexius) bewirtschaftet im Weinviertel 2200 Hektar Fläche. Sein Gut ist der drittgrößte Agrarbetrieb Österreichs. · (c) Die Presse/Clemens Fabry

Ab 2023 wird für viele Bauern vieles anders. Kleine sollen mehr, große viel weniger Geld bekommen. Österreich setzt auf einen EU-Alleingang.

Zugegeben, es sind nicht gerade Betriebe, bei denen Kürzungen auf großes Mitleid in der Bevölkerung stoßen dürften. Vielleicht haben sich ÖVP und Grüne deshalb darauf verständigt, bei den größten österreichischen Agrarbetrieben den Rotstift anzusetzen. Künftig soll keine Landwirtschaft mehr als 100.000 Euro Direktzahlungen im Jahr erhalten. Das sieht der Plan zur Umsetzung der EU-Agrarpolitik vor, der nach Brüssel zur Begutachtung geschickt wurde. Unter Österreichs Großbauern werden Schreckensszenarien an die Wand gemalt: „Wenn das so bleibt, muss ich meinen Betrieb zusperren“, sagt Maximilian Hardegg, dessen Betrieb in Niederösterreich mit 2200 Hektar Fläche und 40 Mitarbeitern der drittgrößte des Landes ist. Betroffen sind 43 Betriebe in Österreich, denen teilweise Kürzungen im sechsstelligen Bereich ins Haus stehen. Diese Betriebe würden „zerschlagen“, klagt Hardegg.

Einst wurden die EU-Fördermittel vor allem nach der bewirtschafteten Fläche verteilt. Mit der Zeit wurden die Förderungen zunehmend an Umweltauflagen gekoppelt, künftig noch einmal mehr. In der neuen EU-Agrarpolitik ab 2023 sind für konventionelle landwirtschaftliche Produktion weniger und für biologische und klimaschonende Bewirtschaftung mehr Subventionen vorgesehen. Jährlich fließen rund 1,6 Mrd. Euro an gut 100.000 Betriebe in Österreich. Davon sind rund 700 Millionen Euro Direktzahlungen, die nach der Fläche bemessen werden. Der Rest ist an Auflagen wie Arten- und Klimaschutz oder Biolandbau gekoppelt.

Umverteilung zu den Kleinen

Die detaillierte Ausgestaltung der Agrarpolitik obliegt den Mitgliedstaaten. Manches ist aus Brüssel vorgegeben, manches können sie selbst entscheiden - etwa, ob sie Obergrenzen für Förderungen festlegen. Österreich hat sich hier für einen Alleingang in der EU entschieden. Fördergrenzen sind zwar auch in anderen Ländern, wie Spanien und Polen, geplant. Dort ist allerdings vorgesehen, dass die Lohnkosten gegengerechnet werden können. Das würde

bedeuten, dass sich ein Betrieb die durch die Obergrenze entgangenen Förderungen auf diesem Weg zurückholen kann, wenn er entsprechend viele Beschäftigte hat. Österreich verzichtet auf diese Möglichkeit. Sehr zum Unmut der betroffenen Betriebe, die 150 bis 200 Arbeitsplätze gefährdet sehen. Andere Länder, wie Tschechien, Ungarn, Deutschland und Italien, haben keine Förderobergrenzen geplant.

Dazu muss man wissen, dass die österreichische Landwirtschaft klein strukturiert ist. Österreich hat, anders als etwa Deutschland, Tschechien und Ungarn, kaum echte Großbetriebe. Es gehört daher in Österreich zum guten politischen Ton, sich für Kleinbetriebe einzusetzen und gegen die Agrarindustrie aufzutreten.

Durch die Förderobergrenze sollen gut drei Millionen Euro pro Jahr frei werden, die zu kleinen Betrieben umverteilt werden. Großbauer Hardegg rechnet vor, dass ihm durch die geplante Kürzung künftig rund eine halbe Million Euro an Förderungen entgehen würde. Das entspreche in etwa der Summe, die in seinem Betrieb im Ackerbau als Gewinn übrig bliebe. Hardegg betreibt auch eine Schweinezucht und ein Weingut und beliefert die Fast-Food-Kette McDonalds mit Erdäpfeln.

Uneinigkeit in der Koalition

Rund 32.000 Hektar Ackerfläche seien von der „Kappung“ betroffen, von rund 1,32 Millionen Hektar Ackerfläche und 1,2 Millionen Hektar Grünland in Österreich. Die Obergrenze trifft laut Plan Betriebe ab einer Fläche von knapp unter 500 Hektar Größe. Lediglich etwas mehr als fünf Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich bewirtschaften mehr als 100 Hektar Fläche, wie aus dem „Grünen Bericht“ hervorgeht.

Anfang der Woche stellte Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) die Pläne der Öffentlichkeit vor. Doch es sieht nicht so aus, als wäre das Thema politisch schon gegessen. Die ÖVP, traditionell stark bei den Bauern, hat das Thema federführend verhandelt. In der Vergangenheit hatte sich Österreich für eine verpflichtende EU-weite

Obergrenze ausgesprochen. Allerdings ging es da noch um höhere Grenzen als jene 100.000 Euro, die jetzt beschlossen wurden. 2020 hatte Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger noch gesagt, dass Österreich keine freiwillige nationale Obergrenze einführen werde. Nun soll sie doch kommen. Es sei dem grünen Koalitionspartner geschuldet, dass die Lohnkosten bei der Förderobergrenze nicht geltend gemacht werden können, sagte Köstinger zu Wochenbeginn.

Bei den Grünen zeigt man sich darüber verwundert: Ja, die Umverteilung von großen zu kleinen Betrieben sei immer eine Forderung der Grünen gewesen, sagt Landwirtschaftssprecherin Olga Voglauer zur „Presse“. Aber der Vorschlag, die Kürzung ohne Anrechnung der Lohnkosten umzusetzen, sei am Ende vom Landwirtschaftsministerium gekommen. Dort sprach man auf Nachfrage von einem „Kompromissvorschlag“. In den Verhandlungen sei immer klar gewesen, dass dies für die Grünen eine rote Linie sei. „Wir sind gern bereit, das noch zu ändern“, so ein Sprecher.

AUF EINEN BLICK

1,6 Milliarden Euro an Agrarförderungen fließen jährlich an die landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich. Davon sind 700 Millionen Euro Direktzahlungen, die an der Fläche bemessen werden. Der Rest kommt aus dem Agrarumweltprogramm und ist an Auflagen wie Klima- oder Artenschutz gekoppelt. Künftig soll kein Betrieb mehr als 100.000 Euro Direktzahlungen erhalten.